Niederschrift

über die 3. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Stadtentwicklungsausschusses am Mittwoch, 17.03.2021 um 17:00 Uhr, in der Aula
des Helmholtz-Gymnasiums (Am Holterhöfchen 30 in 40724 Hilden)

Anwesend waren:

Vorsitz

Frau Anabela Barata SPD

stell. Vorsitz

Herr Rudolf Joseph FDP

Ratsmitglieder

Herr Fred-Harry Frenzel CDU für Frau Claudia Schlottmann

Herr Christian Gartmann CDU

Herr Peter Groß CDU

Herr Ramon Ludwig Kimmel CDU

Herr Rainer Schlottmann CDU für Herrn Thomas Gründahl

Herr Kevin Peter Schneider CDU

Herr Norbert Schreier CDU

Herr Kevin Buchner SPD

Frau Dagmar Hebestreit SPD

Herr Hans-Jürgen Weber SPD

Herr Heinz Albers Bündnis 90/Die Grünen

Herr René Halusiak Bündnis 90/Die Grünen für Herrn Norbert Lang

Frau Susanne Vogel Bündnis 90/Die Grünen

Herr Ludger Reffgen BÜRGERAKTION

Herr Ernst Kalversberg Allianz für Hilden für Herrn Darius Behner

Herr Werner Erbe DIE LINKE

Sachkundige Bürger/innen

Herr Ben Juan Eisenblätter SPD

Herr Günther Gierling Bündnis 90/Die Grünen für Herrn York-Peter Wolf

Herr Bastian Mey AfD

Beiräte

Herr Dieter Englich Behindertenbeirat nur öffentl. Teil

Frau Doris Sieberg Seniorenbeirat nur öffentl. Teil

Von der Verwaltung

Herr Beigeordneter Peter Stuhlträger Stadt Hilden

Frau Birgit Kamer

Herr Tim Queitsch

Herr Lutz Groll

Herr Daniel Beier

Herr Mathis Busch

Referendar

Frau Sabine Waiss

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- 1 Befangenheitserklärungen
- 2 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO
- 2.1 Bürgeranregung gem. § 24 GO NRW: Umgestaltung der Straße "Am Kronengarten" WP 20-25 SV
66/011/1
- 3 Anträge
- 3.1 Antrag der FDP-Fraktion vom 3.12.2020, Ergänzende Bepflanzung Mittelstreifen Fritz-Gressard-Platz WP 20-25 SV
66/010
- 4 Angelegenheiten des Planungs- und Vermessungsamtes
- 4.1 Bebauungsplan Nr. 31 für den Bereich zwischen Buchenweg und der Stadtgrenze zu Langenfeld (Oerkhausgraben) - Aufhebung -: WP 20-25 SV
61/006
1. Abwägung der Anregungen aus der frühzeitigen Beteiligung
2. Offenlagebeschluss
- 4.2 Einstellung des Planverfahrens für die 19. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich Hofstraße / Karnaper Straße / Eisenbahntrasse WP 20-25 SV
61/009
- 4.3 Einstellung des Planverfahrens für den Bebauungsplan Nr. 139 für den Bereich Hofstraße / Karnaper Straße / Eisenbahntrasse WP 20-25 SV
61/021
- 4.4 Antrag auf Aufstellung eines Bebauungsplanes für die Grundstücke Schalbruch 32-36 nördlich der Straße Schalbruch WP 20-25 SV
61/012
- 4.5 Antrag auf Änderung des Bebauungsplans Nr. 106A, 5. Änderung für den Bereich zwischen Gerresheimer Strasse und Heinrich-Lersch-Straße WP 20-25 SV
61/010
- 4.6 Antrag auf Aufstellung eines Bebauungsplans für einen Bereich westlich der Straße Erikaweg (Erikaweg 44-46) WP 20-25 SV
61/022
- 4.7 Antrag auf Änderung des städtebaulichen Entwurfs für den Bebauungsplan Nr. 248 für den Teilbereich Quittenweg / Ohligser Weg / Narzissenweg / Tulpenweg WP 20-25 SV
61/024
- 4.8 Widmung von Straßen, Wegen und Plätzen im Stadtgebiet Hilden: Teilfläche Heiligenstraße 13 WP 20-25 SV
61/020
- 5 Angelegenheiten des Tiefbau- und Grünflächenamtes
- 5.1 Herstellung eines barrierefreien Weges in der Hildener Altstadt (Schwanenstr. etc.) WP 20-25 SV
66/009

- 6 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
- 7 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen
- 7.1 Anfrage Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Straßenzustand Richrather Straße zw. Hagelkreuz und Baustraße
- 7.2 Anfrage Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Fußweg zwischen Agnes-Pockels-Straße und Düsseldorfer Straße

Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende, Rm Barata/SPD eröffnete die Sitzung um 17:00 Uhr und begrüßte die anwesenden Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses, die Vertreter*innen der Beiräte sowie der Presse und die erschienenen Zuhörer*innen.

Die Vorsitzende stellte fest, dass die Sitzungsunterlagen form- und fristgerecht zugegangen sind.

Änderungen zur Tagesordnung

Rm Schneider/CDU beantragte, die TOP 4.2 „Einstellung des Planverfahrens für die Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich Hofstraße/Karnaper Straße/Eisenbahntrasse“ und TOP 4.3 „Einstellung des Planverfahrens für den Bebauungsplan Nr. 139 für den Bereich Hofstraße/Karnaper Straße/Eisenbahntrasse“ gemeinsam zu beraten, jedoch getrennt abzustimmen.

Die Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses stimmten dieser Änderung zu und beschlossen somit die Tagesordnung.

Einwohnerfragestunde

Die Sitzung wurde um 17:32 Uhr für die Durchführung der Einwohnerfragestunde unterbrochen.

Herr Dieter Donner, Humboldtstraße 64

Die Bebauungspläne beschäftigen sich immer im Einzelfall mit ihren klimatischen Auswirkungen für die einzelnen Bereiche, die durch die Versiegelung von Freiflächen entstehen. Er wies auf den Leserbrief seiner Frau hin. Das LANUV habe festgestellt, dass bereits 70 % der Bevölkerung durch Hitzeinseln beeinträchtigt seien. Eine Gesamtbetrachtung sei erforderlich. Wann werde diese durchgeführt und wo werden die Grenzen der Belastbarkeit gesetzt?

Beigeordneter Stuhlträger erkundigte sich, in welcher Beziehung eine Gesamtbetrachtung erfolgen solle. Das bestehende Klimagutachten und der Flächennutzungsplan seien eine Gesamtbetrachtung.

Herr Donner erklärte, dass es sich beim Klimagutachten um eine Ist-Betrachtung handele. Die neue Situation durch den eventuellen Wegfall von Freiflächen solle für das gesamte Stadtgebiet bewertet werden.

Rm Erbe/Linke meinte, Herr Donner möchte keine Veränderungen. Dies sei jedoch nicht möglich.

Rm Reffgen führte aus, im Rahmen der städtebaulichen Gesamtentwicklung müsse auch ein Schutz von Grün- und Freiflächen erfolgen. Das strategische Stadtentwicklungskonzept weise neben der voraussichtlichen Anzahl von Wohneinheiten auch die planerische Gesamtentwicklung für die einzelnen Baugebiete aus.

Rm Joseph/FDP wies darauf hin, dass neben dem wichtigen Erhalt von Grün- und Freiflächen auch der Bedarf an Wohnraum bestehe. Die Entwicklung habe sich geändert. Es gebe immer mehr Single-Haushalte und größere Wohnungen werden gewünscht.

Rm Bucher/SPD gab zu Bedenken, dass sich Klimaschutz und Wohnungsbau nicht ausschließen müssen. Durch Dachbegrünungen und Baumpflanzungen als Ersatz könne der Verlust einer Wiese durch Bebauung ausgeglichen werden. Bei den Aufstellungsbeschlüssen, über die in dieser Sitzung beraten werde, handele es sich um moderate Nachverdichtungen. Der Verzicht auf die Schaffung weiteren Wohnraums würde sich nachteilig auf die Preisentwicklung auswirken und junge Familien könnten sich in Hilden keine Wohnung mehr leisten.

Rm Vogel/Grüne informierte, die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen spreche sich dafür aus, dass lediglich bereits versiegelte Flächen bebaut werden können. Freiflächen sollen erhalten bleiben.

Herr Karl Huber, Tizianweg 41

Herr Huber erklärte, es handle sich eher um eine Anregung als um eine Frage. Die Öffentlichkeit im Saal könne der Beratung nur schlecht folgen, weil die Ausschussmitglieder schlecht zu verstehen seien. Er regte an, bei den Wortmeldungen das Mikrofon zu benutzen.

Dem folgten die Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses und die Verwaltungsangehörigen bis zum Ende der öffentlichen Sitzung.

Frau Breloh, Narzissenweg 26

Frau Breloh erläuterte, auch sie wolle keine Frage stellen, sondern eine Stellungnahme zur Bebauung im Bereich des Narzissenweges abgeben. Sie habe mit Erschrecken die vorgesehene mehrgeschossige Bebauung am Quittenweg den Planunterlagen entnommen. Sie richtete einen Appell an die Ausschussmitglieder in dem Bereich lediglich eine moderate Einfamilienhausbebauung vorzusehen.

Nach Beendigung der Einwohnerfragestunde, wurde die Sitzung um 17:56 Uhr wiederaufgenommen.

1 Befangenheitserklärungen

- keine -

2 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO

2.1	Bürgeranregung gem. § 24 GO NRW: Umgestaltung der Straße "Am Kronengarten"	WP 20-25 SV 66/011/1
-----	--	-------------------------

Rm Groß/CDU, Rm Reffgen/BA, Rm Buchner/SPD, Rm Vogel/Grüne und Rm Joseph/FDP bedankten sich beim Antragsteller, Herrn Seckinger, für die umfangreiche Ausarbeitung.

Aus der Diskussion bleibt festzuhalten, dass Rm Groß/CDU und Rm Buchner/SPD sich für ihre Fraktionen für die Ablehnung des Bürgerantrages aussprachen. Als Gründe wurden angeführt,

dass zunächst die Auswirkungen der geplanten Umbaumaßnahme im westlichen Bereich der Straße Am Kronengarten abgewartet werden soll. Weiter wurde darauf hingewiesen, dass der Antrag neben den straßenbaulichen Maßnahmen für die die Politik zuständig ist, auch verkehrsrechtliche Maßnahmen, die nur von der Verkehrsbehörde anzuordnen sind, enthält. Einzelne Punkte aus einem Bürgerantrag zu beschließen ist nicht möglich.

Im Gegensatz dazu waren Rm Reffgen/BA und Rm Vogel/Grüne dafür, einzelne Punkte umzusetzen bzw. zu prüfen. Hier wurden die Maßnahmen für den östlichen Bereich der Straße Am Kronengarten genannt, auf den die Umbaumaßnahme keinen Einfluss haben wird, und eine Tempobegrenzung auf 20 km/h.

Rm Joseph/FDP regte an, eine Willenserklärung zur Prüfung ins Protokoll aufzunehmen. Rm Reffgen/BA meinte, es bestehe die Möglichkeit einer Vertagung, da Beratungsbedarf in den Fraktionen bestehe, insbesondere für die Maßnahmen im östlichen Bereich.

Auf den Vorschlag von Rm Vogel/Grüne, eine teilweise Vertagung zu beschließen, antwortete Beigeordneter Stuhlträger, dies sei nicht möglich. Der Bürgerantrag müsse in Gänze behandelt werden, nur der Antragsteller könne einen Antrag modifizieren. Die Politik habe die Möglichkeit, einzelne Vorschläge als Antrag in die Beratung einzubringen.

Die Vorsitzende rief zur Abstimmung über den Vertagungsantrag auf. Der Vertagung wurde mehrheitlich zugestimmt mit

16	Ja-Stimmen	(CDU, Bündnis90/Die Grünen, FDP, AfD, Fraktion Bürgeraktion, Allianz für Hilden, Die Linke)
6	Nein-Stimmen	(SPD-Fraktion).

In der nachfolgenden Diskussion über den Zeitpunkt, wann der Bürgerantrag erneut zur Beratung gestellt werden soll, einigten sich die Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses auf den Herbst 2022.

Antragstext:

1a Umwidmung der ganzen Straße in einen verkehrsberuhigten Bereich,

oder, falls dies aus rechtlichen oder anderen Gründen nicht möglich sein sollte:

- 1b
- Umwidmung des Teils westlich des Aldi-Eingangs in einen verkehrsberuhigten Bereich,
 - Umwidmung des Teils östlich des Aldi-Eingangs in einen verkehrsberuhigten Geschäftsbereich mit Geschwindigkeitsbeschränkung auf 20 km/h und
 - Anlegen einer zweiten Aufpflasterung im Bereich zwischen den Geschäften Müller und Denny.
- 2 Entfernen der beiden Kurzzeit-Parkplätze vor der Volksbank.
- 3 Einfahrtverbot für Kraftfahrzeuge am West-Ende der Straße. (Setzt Punkt 2 voraus um eine stärkere Belastung der Heiligenstraße zu vermeiden)
- 4 Verlängerung der Aufpflasterung in der Heiligenstraße um ca. 2 Meter nach Norden.
- 5 Konsequenter Überwachung des Fehlverhaltens von Autofahrern durch Ordnungsamt und Polizei, insbesondere auch das Abschleppen von falsch geparkten PKWs.
- 6 Ausnahme für Liefer- und Zustellverkehr bei den Halteverböten auf der nördlichen Straßenseite.

Abstimmungsergebnis:

vertagt

3 Anträge

3.1	Antrag der FDP-Fraktion vom 3.12.2020, Ergänzende Bepflanzung Mittelstreifen Fritz-Gressard-Platz	WP 20-25 SV 66/010
-----	---	-----------------------

Rm Joseph/FDP stellte klar, dass Gegenstand des Antrages der Bereich des Verkehrsgrünstreifens an der Benrather Straße/Fritz-Gressard-Platz gegenüber der Einmündung Poststraße sei. Im Rahmen des IHK werde der Verkehrsstreifen gegenüber dem Kino und der Übergang von der Mittelstraße zum Stadtpark neugestaltet. Der Antrag stelle eine ergänzende Maßnahme zum IHK dar.

Während Rm Schneider/CDU sich namens der CDU-Fraktion für die Ablehnung des Antrages aus finanziellen Gründen aussprach, plädierten Rm Vogel/Grüne und Rm Buchner/SPD für eine Bepflanzung mit einheimischen Gehölzen.

Rm Reffgen/BA meinte, die Anpflanzung von Palmen könne ein interessanter Akzent für das Stadtbild sein. Da hier nur zwei Palmen gepflanzt werden können, werde dieser Zweck nicht erfüllt. Im Rahmen der Erstellung des Mobilitätskonzeptes müsse auch das Thema „Kreisverkehre“ an dieser Stelle nochmals aufgegriffen werden. Er regte an, den Vorschlag zu einem späteren Zeitpunkt aufzugreifen.

Rm Joseph/FDP zog den Antrag zurück und kündigte an, diesen im Zusammenhang mit dem Mobilitätskonzept und der Einrichtung von Kreisverkehren erneut zur Beratung zu stellen.

Antragstext:

1. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwiefern eine ergänzende Bepflanzung mit winterharten Palmen auf dem Mittelstreifen (Grünstreifen) auf der Benrather Straße (gegenüber des Fritz-Gressard-Platzes) möglich ist.
2. Die Kosten hierzu sind zu ermitteln und den Mitgliedern des Umwelt- und Klimaschutz Ausschusses in der nächsten Sitzung zur Beratung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

zurückgezogen

4 Angelegenheiten des Planungs- und Vermessungsamtes

4.1	Bebauungsplan Nr. 31 für den Bereich zwischen Buchenweg und der Stadtgrenze zu Langenfeld (Oerkhausgraben) - Aufhebung -: 1. Abwägung der Anregungen aus der frühzeitigen Beteiligung 2. Offenlagebeschluss	WP 20-25 SV 61/006
-----	---	-----------------------

Rm Reffgen/BA erklärte, die Verwaltung müsse sich der Rechtsprechung beugen. Ob eine Bebauung unter einer Hochspannungsleitung gesund sei, stelle er in Zweifel.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, rief die Vorsitzende zur Abstimmung auf.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss

1. **die Anregungen der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung wie folgt abzuhandeln:**

1.1 Schreiben des BUND Ortsgruppe Hilden vom 24.07.2020

Im Schreiben stellt der BUND den Bau eines Doppelhauses im Ligusterweg in Frage.

Hierzu wird wie folgt Stellung genommen:

Das Bauvorhaben im Ligusterweg ist unabhängig vom Verfahren zur Aufhebung des Bebauungsplans Nr. 31 zu betrachten.

Die Bebaubarkeit des fraglichen Grundstücks wurde bereits im Juli 2017 im Rahmen eines Gerichtsverfahrens festgestellt. Damals hatte die Stadt aufgrund der über dem Grundstück verlaufenden Hochspannungsleitungen eine Bebauung nicht befürwortet. Das Verwaltungsgericht Düsseldorf entschied jedoch anders und hat die Stadt zur Erteilung eines positiven Bauvorbescheides aufgefordert. Dieser wurde daraufhin im Oktober 2017 erteilt. Im September 2019 erfolgte dann die zwischenzeitlich vollzogene Baugenehmigung.

Im Rahmen des damaligen Ortstermins am Ligusterweg empfahl die Richterin auch eine Aufhebung des überholten Bebauungsplans Nr. 31. Grund war, dass die Festsetzungen aus dem Jahr 1965 für den Geltungsbereich des Bebauungsplans nicht mehr zeitgemäß und auch nicht mehr anwendbar sind. Demnach war der Bebauungsplan ursprünglich zur Unterbringung von Kleinsiedlungen und landwirtschaftlichen Nebenerwerbsstellen aufgestellt worden. Solche Nutzungen sind im Geltungsbereich mittlerweile nicht mehr vorhanden und auch zukünftig nicht zu erwarten.

Die Einleitung eines Verfahrens zur Aufhebung des Bebauungsplans Nr. 31 wurde daher im Januar 2018 vom Stadtentwicklungsausschuss der Stadt Hilden beschlossen. In der Begründung zur Aufhebung des Bebauungsplans ist der Sachverhalt ausführlich dargestellt und zusammengefasst .

Im Weiteren erkundigt sich der BUND nach dem Stand des Verfahrens zur Aufhebung des Bebauungsplans Nr. 31.

Hierzu wird wie folgt Stellung genommen:

Für die Aufhebung eines Bebauungsplans ist gemäß § 1 Abs. 8 BauGB dieselbe Verfahrensweise anzuwenden wie für die Aufstellung eines Bebauungsplans. Das Verfahren zur Aufhebung des Bebauungsplans Nr. 31 befindet sich derzeit im Stand unmittelbar nach der **frühzeitigen Bürgerbeteiligung** gemäß § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB. Entsprechend dieser Maßgabe konnte sich die interessierte Öffentlichkeit zwischen dem 13.07.2020 und dem 24.07.2020 über den Bebauungsplan informieren und Anregungen zur geplanten Aufhebung vortragen. Zeitgleich fand gemäß § 4 Abs. 1 BauGB die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange statt. Die eingegangenen Anregungen werden nun unter Berücksichtigung der privaten und öffentlichen Belange untereinander und gegeneinander abgewogen und mit dieser Vorlage dem Stadtentwicklungsausschuss sowie anschließend dem Rat der Stadt Hilden zur Entscheidung über die **Offenlage** vorgelegt. Wann die Offenlage stattfinden wird, ist noch nicht festgelegt.

Der BUND fragt nach dem Erfordernis einer Stellungnahme im Rahmen des Aufhebungsverfahrens.

Hierzu wird wie folgt Stellung genommen:

Grundsätzlich hat jede und jeder die Möglichkeit, im Bauleitplanverfahren Anregungen zur Betroffenheit von privaten oder öffentlichen Belangen vorzutragen. Von Seiten der Stadt

bestehen allerdings keine konkreten Erwartungen an die Öffentlichkeit oder den Einzelnen, da sie ohnehin gesetzlich verpflichtet ist, von vornherein alle bekannten privaten und öffentlichen Belange in der Bauleitplanung sachgerecht zu berücksichtigen. Die nächste formale Gelegenheit zum Vortrag für Anregungen aller Art wird die Offenlage sein.

In der Stellungnahme des BUND fordert dieser eine Aussage zu den Hochspannungsleitungen, die durch den Geltungsbereich des Bebauungsplans verlaufen.

Hierzu wird wie folgt Stellung genommen:

Im derzeitigen Bebauungsplan Nr. 31 ist die Trasse der Hochspannungsleitung nachrichtlich dargestellt. Es gibt keine weiteren diesbezüglichen Festsetzungen oder Hinweise. Da insgesamt bei der Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 31 im Jahr 1965 auf qualifizierende Regelungsinhalte verzichtet wurde, sind nach § 30 Abs. 3 BauGB in dessen Geltungsbereich zusätzlich die Maßgaben des § 34 BauGB anzuwenden. Nach dieser Vorschrift sind keine Schutzabstände zwischen Wohnbebauung und Hochspannungsleitung einzuhalten. Dies wurde zuletzt im Jahr 2017 für ein Bauvorhaben im Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 31, entgegen der ursprünglichen Auffassung der Stadt Hilden, durch richterliche Entscheidung festgestellt.

Die Folge der Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 31 ist, dass anschließend der § 34 BauGB Grundlage für bauplanungsrechtliche Entscheidungen sein wird. Demnach hat die Stadt Hilden keine Möglichkeit, Regelungen im Sinne der Anregung des BUND zu treffen.

Die Anregungen werden insgesamt zur Kenntnis genommen.

1.2 Schreiben der Kreisverwaltung Mettmann vom 24.07.2020

Seitens der kreisangehörigen Behörden hat lediglich die Untere Immissionsschutz-Behörde auf die Beachtung der Sechszwanzigsten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über elektromagnetische Felder - 26. BImSchV) im Rahmen einer Neubebauung innerhalb des Plangebietes hingewiesen.

Hierzu wird wie folgt Stellung genommen:

Dieser Hinweis wird bei zukünftigen Bauanträgen entsprechend berücksichtigt und eingehalten.

2. **die öffentliche Auslegung der Aufhebung des Bebauungsplans Nr. 31 gem. § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie die Beteiligung der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange bei der Aufstellung von Bauleitplänen gem. § 4 Abs. 2 i.V.m. § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 8. August 2020 (BGBl. I S. 1728) geändert worden ist.**

Das Plangebiet liegt im Süden der Stadt Hilden und wird im Osten begrenzt durch die östliche Straßenbegrenzung der Straße Erikaweg, im Süden durch die Stadtgrenze zu Langenfeld, im Westen durch die westliche Begrenzung des Flurstückes 39 (in Flur 19 der Gemarkung Hilden) und im Norden durch eine um ca. 140 m versetzte Parallele zur südlichen Grenze zum Stadtgebiet Langenfeld. Dabei ist das Ostende der Parallele um ca. 4m, das Westende um ca. 3m nach Norden versetzt.

Mit der Aufhebung des Bebauungsplanes sollen die nicht mehr zeitgemäßen Ausweisungen des Bebauungsplanes Nr. 31 – insbesondere die Festsetzung als „Kleinsiedlungsge-

biet (WS) – aufgehoben werden, so dass anschließend der § 34 BauGB Grundlage für die Beurteilung planerischer Aspekte wird.

Dem Offenlagebeschluss liegt die Entwurfsbegründung mit Stand vom 26.10.2020 zugrunde.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen bei 2 Enthaltungen (Bürgeraktion, Die Linke)

4.2	Einstellung des Planverfahrens für die 19. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich Hofstraße / Karnaper Straße / Eisenbahntrasse	WP 20-25 SV 61/009
-----	---	-----------------------

Es erfolgte eine gemeinsame Beratung der TOP 4.2 und 4.3. Die Aussprache ist unter TOP 4.2 protokolliert, die Beschlussfassung beim jeweiligen TOP.

Rm Reffgen/BA machte darauf aufmerksam, dass in der Sitzungsvorlage zur Einstellung der 19. FNP Änderung die Lage des Plangebietes mit Hofstraße/Klotzstraße angegeben und eine Korrektur des Beschlussvorschlages der SV 61/009 erforderlich sei. Er erklärte, dass seine Fraktion der Aufhebung des Flächennutzungsplanes zustimme. Zur Aufhebung des Bebauungsplanes beantragte er die nachfolgende Modifikation des Beschlussvorschlages:

„Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss die Einstellung des Verfahrens zur Aufstellung **des Bebauungsplans der Bebauungspläne Nr. 139 und 139A** für den Bereich Hofstraße / Karnaper Straße/ Eisenbahntrasse **bzw. für den Bereich Hofstraße 150 inklusive Hinterland:**

Die Beschlüsse zur Aufstellung und zur Anordnung der Umlegung vom 19.06.1996 **und vom 18.11.2020** sowie zur öffentlichen Auslegung vom 22.04.1998 werden aufgehoben.

Das Plangebiet **für den Bebauungsplan Nr. 139** wurde begrenzt durch die Eisenbahntrasse Düsseldorf-Opladen im Westen, die Nordgrenzen der Parzellen 377 und 378 in Flur 57 im Norden, die Hofstraße im Osten, die Nordgrenze des Flurstücks 181 in Flur 56, die Nordgrenze des Flurstückes 18 in Flur 55, im Südosten durch die Ostgrenzen der Flurstücke 452, 427, 17 in Flur 55 und im Süden durch die Karnaper Straße; **das Plangebiet für den Bebauungsplan Nr. 139A umfasst in der Flur 55 die Flurstücke 17 und 18 sowie in der Flur 56 die Flurstücke 3, 138, 194, 195, 196 (tlw.) und 197 der Gemarkung Hilden.**“

Rm Buchner/SPD und Rm Schneider/CDU sprachen sich für die jeweilige Fraktion gegen den modifizierten Beschlussvorschlag aus. Als Gründe hierfür wurden genannt, dass mit der Aufhebung der 19. Änderung des Flächennutzungsplanes und des Bebauungsplanverfahrens Nr. 139 und den bereits beschlossenen Aufstellungsbeschlüssen zur Änderung des Flächennutzungsplanes für die Anlegung einer Streuobstwiese und dem Bebauungsplan Nr. 139A ein guter Kompromiss gefunden wurde. RM Schneider/CDU machte deutlich, dass mit diesem Beschluss die „große Lösung“ aufgegeben wird.

Rm Vogel/Grüne und Rm Joseph/FDP teilten mit, dass ihre Fraktionen der Aufhebung des Flächennutzungsplanes zustimmen, jedoch nicht nur der Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 139 sondern auch des Bebauungsplanes 139A, weil im Bereich Hofstraße 150 lediglich eine Bebauung nach § 34 BauGB gewünscht werde.

Die Vorsitzende rief zur Abstimmung auf. Zunächst wurde über die Beschlussvorlage (SV 61/009) zu TOP 4.2, im Anschluss über den modifizierten Beschlussvorschlag gemäß Antrag der Bürgeraktion zu TOP 4.3 und abschließend über den vorliegenden Beschlussvorschlag zu TOP 4.3 (SV 61/021) abgestimmt.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss die Einstellung des Verfahrens zur Aufstellung der 19. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich Hofstraße / ~~Kletzstraße~~-Karnaperstraße / Eisenbahntrasse.

Die Beschlüsse zur Aufstellung vom 19.06.1996 sowie zur öffentlichen Auslegung vom 22.04.1998 werden aufgehoben.

Das Plangebiet wurde begrenzt durch die Eisenbahntrasse Düsseldorf-Opladen im Westen, die Nordgrenzen der Parzellen 377 und 378 in Flur 57 im Norden, die Hofstraße im Osten, die Nordgrenze des Flurstücks 181 in Flur 56, die Nordgrenze des Flurstückes 18 in Flur 55, im Südosten durch die Ostgrenzen der Flurstücke 452, 427, 17 in Flur 55 und im Süden durch die Karnaper Straße.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

4.3	Einstellung des Planverfahrens für den Bebauungsplan Nr. 139 für den Bereich Hofstraße / Karnaper Straße / Eisenbahntrasse	WP 20-25 SV 61/021
-----	--	-----------------------

Es erfolgte eine gemeinsame Beratung der TOP 4.2 und 4.3. Die Aussprache ist unter TOP 4.2 protokolliert, die Beschlussfassung beim jeweiligen TOP.

Antrag der Fraktion Bürgeraktion: Modifizierter Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss die Einstellung des Verfahrens zur Aufstellung **des Bebauungsplans der Bebauungspläne Nr. 139 und 139A** für den Bereich Hofstraße / Karnaper Straße/ Eisenbahntrasse **bzw. für den Bereich Hofstraße 150 inklusive Hinterland:**

Die Beschlüsse zur Aufstellung und zur Anordnung der Umlegung vom 19.06.1996 **und vom 18.11.2020** sowie zur öffentlichen Auslegung vom 22.04.1998 werden aufgehoben.

Das Plangebiet **für den Bebauungsplan Nr. 139** wurde begrenzt durch die Eisenbahntrasse Düsseldorf-Opladen im Westen, die Nordgrenzen der Parzellen 377 und 378 in Flur 57 im Norden, die Hofstraße im Osten, die Nordgrenze des Flurstücks 181 in Flur 56, die Nordgrenze des Flurstückes 18 in Flur 55, im Südosten durch die Ostgrenzen der Flurstücke 452, 427, 17 in Flur 55 und im Süden durch die Karnaper Straße; **das Plangebiet für den Bebauungsplan Nr. 139A umfasst in der Flur 55 die Flurstücke 17 und 18 sowie in der Flur 56 die Flurstücke 3, 138, 194, 195, 196 (tlw.) und 197 der Gemarkung Hilden.**

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt mit

9	Ja-Stimmen	(Bündnis 90/Die Grünen, FDP, AfD, Bürgeraktion, Allianz für Hilden, Die Linke)
12	Nein-Stimmen	(CDU, SPD)

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss die Einstellung des Verfahrens zur Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 139 für den Bereich Hofstraße / Karnaper Straße/ Eisenbahntrasse:

Die Beschlüsse zur Aufstellung und zur Anordnung der Umlegung vom 19.06.1996 sowie zur öffentlichen Auslegung vom 22.04.1998 werden aufgehoben.

Das Plangebiet wurde begrenzt durch die Eisenbahntrasse Düsseldorf-Opladen im Westen, die Nordgrenzen der Parzellen 377 und 378 in Flur 57 im Norden, die Hofstraße im Osten, die Nordgrenze des Flurstücks 181 in Flur 56, die Nordgrenze des Flurstückes 18 in Flur 55, im Südosten durch die Ostgrenzen der Flurstücke 452, 427, 17 in Flur 55 und im Süden durch die Karnaper Straße.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen mit

12 Ja-Stimmen (CDU, SPD)

9 Nein-Stimmen (Bündnis 90/Die Grünen, FDP, AfD, Bürgeraktion, Allianz für Hilden, Die Linke)

4.4	Antrag auf Aufstellung eines Bebauungsplanes für die Grundstücke Schalbruch 32-36 nördlich der Straße Schalbruch	WP 20-25 SV 61/012
-----	--	-----------------------

Rm Schneider/CDU verlas den nachfolgenden Ergänzungsantrag:

- „1. Wir möchten ein ergebnisoffenes Verfahren, dass mit der Bürgerschaft und mit Trägern öffentlichen Belange abgestimmt wird.
2. Wir möchten keine max. Verdichtung, grundsätzlich sprechen wir uns für grün- und abstandswahrende Bebauung aus.
3. Bei der Erstellung eines jeden B-Planes verlangen wir einen landschaftspflegerischen Fachbeitrag, wir möchten den Eingriff ins Grün bewertet und ausgeglichen haben.
4. Dazu hätten wir gerne einen Stellplatznachweis von 1 – 1,25.
5. Errichtung von mindestens 3 Öffentliche Parkplätze“

Rm Buchner/SPD meinte, der Entwurf sei nicht optimal. Das oberste Reihenhaus in Bachnäher müsse entfallen. Im Rahmen des Verfahrens müssen die Anforderungen wie z.B. 30% preisgedämpfter Wohnraum, Dachbegrünung geklärt werden. Die SPD-Fraktion werde dem Aufstellungsbeschluss zustimmen.

Rm Albers/Grüne erklärte für die Fraktion Bündnis90/Die Grünen, eine Zustimmung erfolge nicht. Es solle lediglich eine straßenbegleitende Bebauung nach § 34 BauGB realisiert werden.

Dem stimmte Rm Joseph/FDP für seine Fraktion zu. Straßenbegleitend sei eine dreigeschossige Bebauung mit Staffelgeschoss möglich. Die Nachverdichtung im hinteren Grundstücksbereich wecke Begehrlichkeiten bei den Nachbarn. Eine Ortsbesichtigung im Rahmen des weiteren Verfahrens werde gewünscht.

Rm Reffgen/BA führte aus, die Fraktion Bürgeraktion lege Wert darauf, dass der Abstand zum Gewässer vom Rand aus festgelegt werde und die Anregungen aus dem Klimagutachten im Bebauungsplan berücksichtigt werden müssten. Das straßenbegleitende Gebäude solle zweigeschossig bleiben. Durch das vorgesehene Satteldach werde eine optische Dreigeschossigkeit entstehen.

Herr Groll erläuterte ausführlich, dass die vorgetragenen Randbedingungen nur im Rahmen eines Bebauungsplanverfahrens umgesetzt werden können.

Im Rahmen des durchzuführenden Verfahrens soll eine Ortsbesichtigung durchgeführt werden. Über den Ergänzungsantrag soll auf Wunsch einiger Fraktionen im weiteren Verfahren entschieden werden, da er ihnen nicht vorliegt. Dem stimmte der Antragsteller zu.

Beschlussvorschlag des Antragstellers:

Der Stadtentwicklungsausschuss stimmt dem Antrag auf Einleitung eines Bebauungsplan-Aufstellungsverfahrens für die Grundstücke Schalbruch 32 - 36 zu.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen mit

16 Ja-Stimmen (CDU, SPD, AfD, Bürgeraktion, Allianz für Hilden, Die Linke)
5 Nein-Stimmen (Bündnis 90/Die Grünen, FDP)

4.5	Antrag auf Änderung des Bebauungsplans Nr. 106A, 5. Änderung für den Bereich zwischen Gerresheimer Strasse und Heinrich-Lersch-Straße	WP 20-25 SV 61/010
-----	---	-----------------------

Rm Buchner/SPD meinte, die Planung sehe nicht schlecht aus. Die Nähe des Gewerbes und der Wohnbebauung seien jedoch zu beachten. Er stellte für die SPD-Fraktion den Antrag, die Beschlussfassung zu vertagen und eine Ortsbesichtigung durchzuführen.

Rm Albers/Grüne lehnte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Beschlussvorschlag ab. Er regte an, die Stadt solle das Grundstück erwerben und eine Obstwiese anlegen.

Rm Groß/CDU erklärte, die CDU-Fraktion würde eine Bebauung unter deutlichen Einschränkungen zustimmen.

- Es müsse ein ergebnisoffenes Verfahren durchgeführt werden, dass mit der Bürgerschaft und mit Trägern öffentlichen Belange abgestimmt wird.
- Es solle keine max. Verdichtung erfolgen, grundsätzlich spreche sich die CDU-Fraktion für eine grün- und abstandswahrende Bebauung aus.
- Bei der Erstellung eines jeden B-Planes müsse ein landschaftspflegerischer Fachbeitrag vorgelegt werden, mit einer Bewertung des Eingriffs ins Grün und einem entsprechenden Ausgleich haben.
- Es solle ein Stellplatznachweis von 1 – 1,25 festgelegt werden.
- Eine Versickerungsanlage müsse gefordert werden.

Der Antrag der SPD-Fraktion finde Zustimmung.

Rm Joseph/FDP bewertete die vorliegende Planung positiv. Er habe eine Siedlung in Neuss besichtigt und war sehr angetan. Die Deutsche Reihenhaus biete preiswertes Bauen, dass jungen Familien eine Chance zum Erwerb eines Eigenheims biete.

Rm Reffgen/BA führte aus, in der vorliegenden Form werde das Vorhaben abgelehnt, da die Bebauung zu dicht sei. Eine Teilbebauung sei möglich. Der Grünausgleich müsse auf dem eigenen Grundstück erfolgen. Der derzeitige Zustand des Grundstücks habe keinen ökologischen Charakter. Grundsätzlich eine Bebauung zu versagen sei nicht möglich, da die Stadt auf eigenen Grundstücken vergleichbar handele (Hofstraße 150).

Die Vorsitzende rief zur Abstimmung über den Vertagungsantrag und die beantragte Ortsbesichtigung auf.

Der Stadtentwicklungsausschuss stimmte dem mehrheitlich zu mit
17 Ja-Stimmen (CDU, SPD, FDP, AfD, , Bürgeraktion, Allianz für Hilden, Die Linke)
4 Nein-Stimmen (Bündnis 90/Die Grünen)

Beschlussvorschlag des Antragstellers:

Der Stadtentwicklungsausschuss stimmt dem Antrag auf Einleitung eines Verfahrens zur Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans mit dem Ziel der Entwicklung des Grundstücks Hilden, Gerresheimer Straße mit der Katasterbezeichnung Gemarkung Hilden Flur 10 Flurstücknummern 721 und 765 zu Wohnbauland zu.

Abstimmungsergebnis:

vertagt

4.6	Antrag auf Aufstellung eines Bebauungsplans für einen Bereich westlich der Straße Erikaweg (Erikaweg 44-46)	WP 20-25 SV 61/022
-----	---	-----------------------

Rm Albers/Grüne beantragte die Durchführung einer Ortsbesichtigung und die Vertagung der Sitzungsvorlage.

Da der Vorschlag Zustimmung fand, rief die Vorsitzende zur Abstimmung über den Vertagungsantrag mit Ortsbesichtigung auf.

Der Stadtentwicklungsausschuss stimmte der Vertagung einstimmig zu.

Beschlussvorschlag des Antragstellers:

Der Stadtentwicklungsausschuss stimmt dem Antrag zu, ein Verfahren zur Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes einzuleiten. Ziel ist, auf den Flurstücken 222 und 221 (teilweise) in Flur 21 der Gemarkung Hilden (westlich Erikaweg) Wohnbebauung zu errichten.

Abstimmungsergebnis:

vertagt

4.7	Antrag auf Änderung des städtebaulichen Entwurfs für den Bebauungsplan Nr. 248 für den Teilbereich Quittenweg / Ohligser Weg / Narzissenweg / Tulpenweg	WP 20-25 SV 61/024
-----	---	-----------------------

Rm Albers/Grüne beantragte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine Ortsbesichtigung vor Einstieg in das Verfahren.

Rm Buchner/SPD hielt den vorgelegten städtebaulichen Entwurf für nicht ausgereift, so dass eine Beschlussfassung nicht erfolgen könne. Zunächst müsse der Interessenkonflikt zwischen den Anwohnern und dem Bauverein gelöst werden. Es seien keine Aussagen vorhanden, wie dem Bauverein entgegengekommen werde und ob der vorliegende Entwurf dem Planungsziel des Aufstellungsbeschlusses entspreche. Er zeigte sich verwundert, dass das Planungsamt den Entwurf gefertigt habe, da Antragsteller sonst ein Planungsbüro beauftragen müssen, da keine Personalkapazitäten im Planungsamt vorhanden seien. Er erkundigte sich, wie hoch die Gebühren für die Erstellung des Entwurfs waren.

Beigeordneter Stuhlträger antwortete, bevor sich die Parteien an einen Tisch setzen, müsse eine Entscheidung vorliegen, ob eine Absicht besteht, eine Bebauung zu ermöglichen. Erst dann sei ein Gespräch zielführend möglich. Der Entwurf sei von einem Referendar in Ausbildung gefertigt worden, der derzeit einen Ausbildungsabschnitt in Hilden absolviere. Er habe die Aufgabe bekommen, eine Lösungsperspektive zu entwickeln.

Rm Joseph/FDP bemerkte, er könne den Wunsch der Grundstückseigentümer verstehen. Es müsse sich jedoch um eine behutsame Nachverdichtung handeln. Da die Stadt selber an der Hofstraße bauen wolle, könne man den Erhalt der privaten Freifläche nicht fordern.

Rm Reffgen/BA sprach sich gegen einen Wechsel im Siedlungsbereich aus. Auf Mehrfamilienhäuser müsse verzichtet werden. Doppelhäuser könnten sich gerade noch in die Siedlungsstruktur einfügen. Er sei irritiert über das Ansinnen des Bauvereins, der selbst eine bessere Ausnutzung seiner Grundstücke durch ein Bebauungsplanverfahren erreicht habe. Statt der kleinen Einfamilienhäuser setze der Bauverein jetzt eine Bebauung mit Mehrfamilienhäusern um. Der Bauverein sei durch die Aufstellung des Bebauungsplanes begünstigt worden und rede jetzt von einer Mehrbelastung der Straßennutzung.

Sachk. Bürger Mey/AfD regte an, die Zeit bis zur Ortsbesichtigung für Gespräche zwischen dem Bauverein und den Anwohnern zu nutzen. Die Verwaltung solle als Mediator fungieren.

Rm Garthmann/CDU verlas einen folgenden Antrag, der bei erneuter Vorlage der Sitzungsvorlage behandelt werden solle:

- „1. Wir möchten ein ergebnisoffenes Verfahren, dass mit der Bürgerschaft und mit Trägern öffentlichen Belange abgestimmt wird.
2. Wir möchten keine max. Verdichtung, grundsätzlich sprechen wir uns für grün- und abstandswahrende Bebauung aus.
3. Bei der Erstellung eines jeden B-Planes verlangen wir einen landschaftspflegerischen Fachbeitrag, wir möchten den Eingriff ins Grün bewertet und ausgeglichen haben.
4. Dazu hätten wir gerne einen Stellplatznachweis von 1 – 1,25.
5. Festlegung der Geschosse am Quittenweg auf I und am Ohligser Weg auf II“

Auf Nachfrage von Rm Albers/Grüne stellte Beigeordneter Stuhlträger klar, werde die Ausweisung der derzeitigen öffentlichen Grünfläche (ein schmaler Streifen zwischen der öffentlichen Verkehrsfläche Quittenweg und den Grundstücken Narzissenweg) im Rahmen des Bebauungsplanes 248 als Bauland erfolgen, entfalle eine wichtige Geschäftsgrundlage zu diesem Punkt des Unternehmererschließungsvertrages. Dieser schmale Streifen müsse dann auf Anforderung zurück in das Eigentum des Bauvereins übertragen werden. Der Unternehmererschließungsvertrag für die Verkehrsflächen, behalte seine Gültigkeit.

Die Vorsitzende rief zur Abstimmung über den Vertagungsantrag mit Ortsbesichtigung auf. Die Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses stimmten der Vertagung einstimmig zu.

Beschlussvorschlag der Antragsteller:

Der Stadtentwicklungsausschuss stimmt dem Antrag zu, den Entwurf des Bebauungsplan Nr. 248 in Bezug auf die Grundstücke Ohligser Weg 22-24 und Narzissenweg 28-30 dahingehend zu erweitern, dass dort eine ein- bis zweigeschossige Bebauung ermöglicht wird.

Abstimmungsergebnis:
vertagt

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss:

Folgende Straße in der Stadt Hilden wird gemäß § 6 des Straßen-und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NW) vom 23. September 1995 (GV NW S. 1028 ff.) in der z.Zt. gültigen Fassung

- als Gemeindestraße, bei der die Belange der Erschließung der anliegenden Grundstücke überwiegen (§ 3 Abs. 4 Ziff. 2 StrWG NW), - Anliegerstraße - gewidmet:

Lfd. Nr.	Straße	von - bis	Gemarkung Hilden	
			Flur	Flurstück
1	Heiligenstraße	vor dem Haus Heiligenstraße 13	49	Teilfläche aus Flurstück 1188

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

5 Angelegenheiten des Tiefbau- und Grünflächenamtes

Rm Buchner/SPD erklärte, die SPD-Fraktion spreche sich für die Variante 1 und eine zeitnahe Umsetzung gemäß Ziffer 2.1 des Beschlussvorschlages aus. Er bat darum, vor Umsetzung einen „Probemeter“ herzustellen, da eine deutliche Farbveränderung angedacht sei.

Sachk. Bürger Gierling/Grüne erkundigte sich, ob in der Fußwegeverbindung zwischen Eisengasse und Marktstraße eine Anpassung des Straßenniveaus vorgesehen sei, da die Eingänge der neu errichteten Stadthäuser unter dem vorhandenen Straßenniveau liegen. Er beantragte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Brückenbereich auszusparen.

Aus der weiteren Diskussion bleibt festzuhalten, dass Rm Kimmel/CDU und Rm Joseph/FDP für ihre jeweiligen Fraktionen den Ausführungen von Rm Buchner/SPD zustimmten. Rm Reffgen/BA unterstützte den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, den Brückenbereich auszusparen.

Herr Queitsch sagte zu, eine Probefläche anlegen zu lassen.

Beigeordneter Stuhlträger führte aus, man habe sich viele Gedanken gemacht, wie der barrierefreie Weg herzustellen sei. Barrierefrei bedeute nicht nur „ruckelfrei“. Neben gehbehinderten Menschen, die auf einen Rollstuhl oder Rollator angewiesen seien, solle auch eine Verbesserung für sehbehinderte Mitbürger/innen geschaffen werden. Diese benötigen jedoch die Farbkontraste und taktilen Zeichen.

Zur Nachfrage von Sachk. Bürger Gierling/Grüne erläuterte er, es sei keine Anpassung des Straßenniveaus des Fußweges vorgesehen. Dass die Eingänge der Stadthäuser zu tief liegen, habe der Bauherr zu verantworten.

Würde der Brückenbereich bei der barrierefreien Herstellung ausgespart, gebe es keine Verbindungen zu den übrigen Bereichen. Beigeordneter Stuhlträger machte dies anhand des Ausbauplanes deutlich. Der Knotenpunkt als Verbindung der einzelnen Bereiche würde dann entfallen.

Herr Englisch, Vertreter des Behindertenbeirates, unterstützte diese Aussage. Der Verzicht auf den Ausbau im Bereich der Brücke werde dem Antrag nicht gerecht. Die Kontraste und weißen Leitlinien seien erforderlich, damit der Zweck „barrierefreie Herstellung“ erfüllt werde.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Die Vorsitzende erklärte, aus den Wortmeldungen sei abzulesen, dass die Variante 2 nicht gewünscht werde und eine Abstimmung lediglich über die Variante 1 erfolgen könne.

Da kein Widerspruch erhoben wurde, kündigte die Vorsitzende an, zunächst über die Abstimmung der Variante 1 in Verbindung mit dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Verzicht auf den barrierefreien Ausbau des Brückenbereichs) aufzurufen.

Rm Vogel/Grüne erklärte, der Antrag werde nach den Ausführungen der Verwaltung zurückgezogen.

Daraufhin erfolgte eine getrennte Abstimmung über Teil 1 und 2 des Beschlussvorschlages.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt

1. Der Umbau zur Herstellung der barrierefreien Wegeführung wird auf Basis der

1.1 Variante 1

1.2 Variante 2

1.3 Variante 3

ausgeführt

Abstimmungsergebnis:

Variante 1 einstimmig beschlossen

2.1 Der Umbau wird in 2021 unabhängig von dem Brückenneubau hergestellt.

Teile dieser Wegeführung müssen dann beim späteren Brückenneubau nochmals neu hergestellt werden.

oder alternativ

2.2 Der Umbau wird erst im Zusammenhang mit dem Brückenneubau hergestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ziffer 2.1 einstimmig beschlossen

6 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

- keine -

7 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

7.1 Anfrage Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Straßenzustand Richrather Straße zw. Hagelkreuz und Baustraße

Rm Albers/Grüne erkundigte sich, ob mit Straßen NRW vereinbart werden könne, die Richrather Straße im Bereich zwischen Hagelkreuz und Baustraße mit einer neuen Deckschicht zu versehen. Die Fahrbahn sei in einem sehr schlechten Zustand. Auch sei die Lichtsignalanlage im Bereich des S-Bahnhofes noch nicht installiert.

Herr Queitsch berichtet, gestern habe ein Termin mit dem Straßenbaulastträger stattgefunden. Geplant sei eine grundlegende Erneuerung der Richrather Straße in diesem Bereich. Da auch die städtischen Kanäle erneuerungsbedürftig seien, könne diese geplante grundlegende Erneuerung nicht kurzfristig umgesetzt werden. Es sei jedoch zugesagt worden, den in Rede stehenden Bereich der Richrather Straße noch in diesem Jahr mit einer neuen Deckschicht zu versehen und die Lichtsignalanlage zu installieren.

7.2 Anfrage Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Fußweg zwischen Agnes-Pockels-Straße und Düsseldorfer Straße

Rm Albers/Grüne stellte die nachfolgende Anfrage:

„Der Verbindungsweg zwischen Düsseldorfer- und Agnes-Pockels-Straße ist teilweise gut ausgebaut; an anderen Stellen jedoch, wegen unterschiedlicher Höhe und Wurzelschäden schlecht mit dem Rad zu befahren und zu begehen.

Wir bitten um Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist die Verwaltung in der Lage, kurz - bzw. mittelfristig den Verbindungsweg zwischen Düsseldorfer- und Agnes Pockels Straße / parallel dem 3M Werksgelände instand zu setzen?
2. Falls ja, in welchem Zeitrahmen ist mit der Umsetzung zu rechnen?“

Ende der Sitzung: 19:30 Uhr

Anabela Barata / Datum
Vorsitzende

Birgit Kamer / Datum
Schriftführer/in

Gesehen:

Dr. Claus Pommer / Datum
Bürgermeister

Peter Stuhlträger / Datum
Beigeordneter